

GRÜNER 5-PUNKTE-PLAN FÜR FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT

Initiative des Grünen Parlamentsklubs und der Grünen Wirtschaft

Die Bundesregierung hat sich die Stärkung von Frauen in der Wirtschaft zum Ziel gesetzt. Anlässlich des Internationalen Weltfrauentags am 8. März legen die Grünen und die Grüne Wirtschaft einen 5-Punkte-Plan zur Förderung von Unternehmerinnen vor.

#Frauen ziehen bei Gründungen mit Männern mit, verdienen aber nur die Hälfte

Die Zahl der Unternehmerinnen wächst: 2019 lag der Frauenanteil bei Neugründungen bei 45,5 Prozent. Ihre Einkommenssituation ist allerdings verheerend: Frauen verdienen in der Wirtschaft im Schnitt fast um die Hälfte weniger als Männer. Insgesamt betragen die mittleren Jahreseinkünfte (vor Steuern) der ausschließlich selbstständig Erwerbstätigen laut dem zuletzt verfügbaren Einkommensbericht des Rechnungshofs 11.637 Euro, wobei Frauen 7.893 Euro erzielten und Männer 15.637 Euro. Das entspricht einem Einkommensnachteil von 45 Prozent.

#Vermögen ist männlich

Verantwortlich für die Einkommenslücke ist oftmals die **Vermögenslücke**: Frauen haben hierzulande laut Statistik im Schnitt um **23 Prozent** weniger Nettovermögen als Männer zur Verfügung. Die fehlenden finanziellen Sicherheiten schlagen sich auf die Risikobewertung für Kreditzusagen nieder: Unternehmerinnen erhalten Investitionskredite oftmals zu schlechteren Konditionen oder eben gar nicht.

#Der Haushalt bleibt weiblich

Die Selbstständigkeit befreit offenbar nicht von Rollenklischees: **Zwei Drittel der Pflichten in Haushalt und Familie entfallen laut Umfragen auf Unternehmerinnen**. Kein Wunder, dass dann auch sieben von zehn Unternehmerinnen mit Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie kämpfen.

#Herrenklub WKO

Wenn es um Netzwerke und Lobbyingarbeit für Frauen in der Interessenvertretung geht, steckt Österreich ebenfalls noch in den 1950er-Jahren fest. Das zeigt sich vor allem in der Wirtschaftskammer: Insgesamt liegt der **Frauenanteil unter Mandatar*innen bei 18 Prozent** – beim ÖVP-Wirtschaftsbund gar nur bei 16,7 Prozent.

Nur **13 von 46 Kammerpräsident*innen (rd. 22 %)** sind Frauen, davon einige nur kooptiert. Und der Retro-Trend zieht sich weiter: Auch bei aktuellen **Kandidaturen** für die Wirtschaftskammerwahlen liegt der Frauenanteil insgesamt lediglich **bei rund 20 Prozent**.

Bei der Frauenquote ist die **Grüne Wirtschaft** einsame Vorreiterin: **Jede dritte Mandatar*in ist derzeit eine Frau**. Bei den aktuellen **Kandidaturen liegt der Frauenanteil bei 35,4 Prozent**. Damit ist die Quote fast doppelt so hoch wie im dominanten ÖVP-Wirtschaftsbund. Und nicht zuletzt tritt **Sabine Jungwirth** für die Grüne Wirtschaft bundesweit als **einzige Frau an der Spitze einer Kammerfraktion** an.

DER 5-PUNKTE-PLAN FÜR UNTERNEHMERINNEN

1.) Förderinitiative für Gründerinnen

Umsetzung der im Regierungsprogramm formulierten Unterstützung für Gründerinnen (S.96):

Die Bundesregierung bekennt sich zur Stärkung der Rolle von Frauen in der Unternehmerschaft und damit zu spezifischen Förderprogrammen in der Gründungssituation.

- Wir meinen damit ein **spezifisches Coachingangebot für Frauen** in der Gründungsphase unter dem Motto "Trau-dich!"
- Außerdem brauchen Frauen eigens konzipierte **Haftungs- oder Förderprogramme für die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung**, da sie weniger Vermögen besitzen als Männer und deshalb einen schlechteren Zugang zu Fremdfinanzierungen haben (s.o.).

2.) Verbesserung der sozialen Absicherung

- **Krankengeld-Regelung:** Gerade für die Frauen wirkt sich ein krankheitsbedingter Arbeitsausfall angesichts der oben dargestellten Einkommenssituation bei Krankheit noch dramatischer aus als für Männer. Deshalb braucht es für alle Selbstständigen eine rasche und praxisnahe Regelung für die frühere Auszahlung des Krankengelds (derzeit rückwirkend ab dem 4.Tag bei mehr als 42 Tagen Krankheit). Unser Ziel: Auszahlung des Krankengelds nach 7 Tagen.
- **Altersarmut/Pensionen:** Angesichts der prekären Einkommenssituation ist klar, dass Altersarmut unter Unternehmerinnen vorprogrammiert ist. Die GW fordert deshalb eine Neuordnung des Pensionssystems entlang des Grünen Pensionsmodells. Dabei soll jede Person im Pensionsalter eine existenzsichernde Sockelpension ergänzt um einen erwerbsabhängigen Zuschlag erhalten.
- **Selbstbehalt beim Arztbesuch:** Für betroffene Geringverdienerinnen wirkt sich der Selbstbehalt trotz aller Ermäßigungsmöglichkeiten katastrophal aus. Zudem gefährdet der Selbstbehalt präventivmedizinische Maßnahmen, da viele Frauen aus Kostengründen wichtige Vorsorgeuntersuchungen auf ein Minimum reduzieren. Wir streben deshalb die **Abschaffung des Selbstbehalts für alle Betroffenen** an.

3.) Steuerliche Entlastung

Finanzierung von Fortbildungen: Das EPU-und KMU-Paket im Regierungsprogramm unterstützt gering verdienende Frauen in besonderem Ausmaß. Jetzt geht es darum, diese Maßnahmen rasch umzusetzen. Neben der bereits eingeleiteten besseren Abschreibungsmöglichkeit für Arbeitszimmer und geringwertige Wirtschaftsgüter soll der Fokus wegen der rasch voranschreitenden Digitalisierung insbesondere auf die **Finanzierung von Fortbildungen** gelegt werden.

4.) Kinderbetreuung

Die Frage der Kinderbetreuung ist auch für Unternehmerinnen ein sehr wichtiges Thema (s.o.). Die Bundesregierung bekennt sich zum Ausbau der elementarpädagogischen Einrichtungen. Dabei geht es einerseits um **Quantität** – das Regierungsprogramm enthält diesbezüglich den Ausbau der Plätze ebenso, wie eine Ausbildungsoffensive über die Kollegs um den großen Bedarf an qualitativ ausgebildeten Elementarpädagog*innen erfüllen zu können. Andererseits ist die Verbesserung der **Qualität** der Betreuungsplätze zentral. Wichtig dafür sind beispielsweise kleinere Gruppengrößen, längere Öffnungszeiten und gesundes Essen. Die Qualitätskriterien für die künftige Finanzierung der Kinderbetreuungsplätze werden von einem Elementarpädagogik-Beirat unter Einbeziehung von Expert*innen, Ländern und Gemeinden erarbeitet.

5.) Interessensvertretung/Quote

Zur Verbesserung der Interessensvertretung und Sichtbarkeit von Frauen im Unternehmertum ist eine Quote für die Führungspositionen in den Gremien der Wirtschaftskammer unerlässlich. Außerdem wäre eine paritätische Listenbesetzung, soweit Frauen kandidieren, ein großer Fortschritt. Jetzt stehen die Frauen häufig an unwählbarer Stelle auf den Wahlvorschlägen. Wir fordern als ersten Schritt deshalb eine **Frauenquote in den Führungspositionen der WKO von zumindest 30 Prozent** und eine **paritätische (50:50) Besetzung der Wahlvorschläge** an, so lange Frauen kandidieren.